

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Was können wir von Berlin erwarten?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1953) : Was können wir von Berlin erwarten?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 12, pp. 747-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131823>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

gegen den Trend zur vollen Konvertibilität und fachte den Protektionismus der binnenländischen Industriezweige Amerikas an. Wir halten es hier aber mit der eindeutigen These der „Bank of Nova Scotia“: „convertibility in any real sense is impracticable without the full co-operation of the dominant economy of the western world.“

Überließe man aber die Kursentwicklung sich selbst, so würde die DM wahrscheinlich und aller Kritik an der Kaufkraftparitäten-Theorie zum Trotz mehr in die Richtung einer Aufwertung streben, vielleicht zu ihrem Ausgangskurs von 1948 zurück. Dann liefe die Ausfuhr ernste Gefahren. Manipulierte man aber am Wechselkurs über die kleinen temporären Schwankungen hinaus, so brauchte man dazu einen großen Stabilisierungsfonds. Es mag sein, daß man ihn aus den USA. oder vom Weltwährungsfonds mit Auflagen im Stile der Empfehlungen von Jacobsson und Cairncross oder des Douglas-Berichtes erhalten kann, ohne Auflagen aber wohl kaum. Z. Zt. ist der Fonds an freiem Gold und Devisen noch recht knapp. Das Zahlenspiel mit der geborgt aktiven Zahlungsbilanz trägt nämlich, ebenso wie das Wiederauffrischen des Deckungsmärchens.

### **Der Übergang zur Konvertibilität ist ein Prozeß**

Leichter sähe die Lage für die deutsche Wirtschaft aus, wenn unter dem Übergang zur Konvertibilität ein Prozeß verstanden würde, bei dem sich viele Länder zu einem einheitlichen Verzicht auf Währungsmanipulationen entschlossen und von ihnen die Beengung der Devisenmärkte möglichst gleichmäßig Schritt für Schritt weiter abgebaut würde. Auch dann würde vermutlich am Anfang eine Adaption der Wechselkurse eintreten, und daraus würden Auswirkungen auf die Export- und Importfähigkeit einzelner Produkte fließen. Das würde über die Entwicklung der Zahlungsbilanz auch weiterhin den Wechselkurs der nationalen Währungen beeinflussen, und zwar im Stile der alten Goldwährung mit deren Einfluß auf die nationale Geldversorgung.

### **Warum hat man die Goldwährung aufgegeben?**

Aber warum kam man eigentlich von der Goldwährung ab? Weil die Nationalstaaten sich ihrem Automatismus nicht mehr beugen wollten und sich die Währungspolitik in das nationalwirtschaftliche Instrumentarium zurückholten, als das unglückselige Ungleichgewicht der amerikanischen Zahlungsbilanz

die Goldreserven der Welt im Fort Knox anhäufte (anstatt, daß es dem Goldzustrom in den USA. gestattet wurde, den Preisen und damit der Zahlungsbilanz den Trend zum internationalen Ausgleich freizugeben). Hat sich bis auf den heutigen Tag daran so viel geändert, daß man ein neues Experiment mit der internationalen Währungsfreiheit wagen sollte? Darf man die tastende Vorsicht, mit der man die Vereinbarungen von Bretton Woods und die Beschlüsse über die EZU. auszuführen versucht, einfach beiseite drängen?

Der Plan, bei der Befreiung des Außenhandels fortzufahren, dabei das internationale Gewissen für inflatorische und wechselkurspolitische Machenschaften zu schärfen und auf eine supranationale Weltwährungspolitik vorzubereiten, käme uns maßvoller vor. Dabei arbeitet die Zeit tatsächlich im Sinne einer Annäherung an die Konvertibilität vieler Währungen. Westdeutschland könnte sich mit einem gesunden Augenmaß für die eigene Potenz Schritt für Schritt dem Annäherungstempo anpassen. „Keine Stunde vor dem Sterling, aber auch nicht wesentlich später“, dieses Zeitmaß setzte Hermann J. Abs mit dem guten Tastsinn des welterfahrenen Bankiers. (W. H.)

## **Macht die europäische Integration eigentlich Fortschritte?**

### **Drei sehr ähnliche Antworten trüben den Optimismus**

#### **„Uns bleibt die Haltung wohlwollenden Abwartens!“**

Bonn, den 10. Dezember 1953  
An die Stelle des europäisierenden Uberschwangs ist weitgehend Ernüchterung getreten. Nicht nur in Deutschland. Notabene scheint es nützlich festzustellen, daß die Europäische Union als tragende politische Idee ohnehin nur in Deutschland breitere Kreise der Bevölkerung ergriffen hatte. In den meisten Nachbarländern hat diese Idee viel weniger Boden gewonnen, sie hat im Ausland fast nirgendwo ernsthaft die Stelle einer etwa absterbenden Nationalstaats-Idee eingenommen. Im Gegenteil. Montanunion und auch Europäische Verteidigungsgemeinschaft waren

Konstruktionen, mit denen ihre Erfinder die Lebenserwartung des französischen Nationalstaats (dessen vermeintliche Gefährdung durch den deutschen Wiederaufstieg dabei wohl überschätzt wurde) verbessern wollten. Die wenigsten französischen Politiker wollten damit „nach Europa“ — sie überließen dieses Streben vielmehr den intellektuellen und den naiven Idealisten. Darüber dürfen auch die Arbeit der ad hoc-Versammlung und der Entwurf einer europäischen Verfassung nicht hinwegtäuschen. Die gleichen Abgeordneten, die heute die dilatorische Behandlung ihres Entwurfs durch den Minister-

rat kritisieren, würden als Minister in gleicher Weise zögern.

Die sogenannten Teilunionen (EVG., Montanunion, EZU.) sind deswegen an sich noch nicht zum Scheitern verurteilt — allerdings sind sie kein „functional approach“, wie wir vor Jahren noch glaubten. Und wenn die in den beiden entscheidenden Ländern so leidenschaftlich umkämpfte EVG. zustande kommen sollte: alles spricht dagegen, daß ausgerechnet aus ihr und ihren Zwangsläufigkeiten der Wille nach weiteren Souveränitätsbeschränkungen virulent werden sollte. Auch die Hohe Behörde, die an sich ebenfalls dringend der Kontrolle und Lenkung durch ein un-

abhängiges Parlament bedürfte, wird eher die Besorgnis einflößen, daß von dorthin zu weit in die Nationalwirtschaften und deren Interessengefüge eingegriffen werden könnte, als umgekehrt den Willen zur Schaffung eines souveränen Europaparlamentes stärken.

Man mag diese Tatbestände bedauern. Als Deutscher sollte man sie aber nicht übersehen. Die These, daß jeder zunächst seinen Einstand bezahlen müsse, wenn man einen Verband gründen wolle, und daß deshalb Opfer gebracht werden müssen, ist unangreifbar. Der Wille, diese Opfer zu bringen, ist aber nur dann aufrechtzuerhalten, wenn die Partner äquivalente Beiträge leisten oder wenn wenigstens Vertrauen in die Leistungswilligkeit der Partner vorhanden ist. Deutschland hat als „Vorleistung“ einige Opfer gebracht, besonders in der Montanwirtschaft; in der Saarfrage scheinen abermals Opfer gebracht werden zu sollen. Aber das Vertrauen in die Leistungswilligkeit des Partners wird zur Zeit täglich geringer.

Wir Deutschen können daran gegenwärtig wenig ändern — es steht

uns auch noch nicht an, Vorschläge zu unterbreiten. Genau so wenig aber sollten wir die Vorleistungspolitik länger fortsetzen: es könnte sich eines Tages zeigen, daß unsere im Vorwege zugunsten des Zustandekommens einer europäischen Integration erbrachten Leistungen zwar ohne diesen Erfolg bleiben — jedoch auch nicht zurückerstattet werden können.

Ohne Zweifel würde eine Koordination von Währungs-, Kredit- und Investitionspolitik im gegenwärtigen Stadium ein nützlicher Schritt sein — werden aber in nationalwirtschaftlichen Notständen die Regierungen und Parlamente und die öffentliche Meinung der Länder sich eine Konjunkturpolitik von einem europäischen Gremium der Weisen vorschreiben lassen? Auch hier geht es nicht ohne echte Übertragung von Souveränität; bloße Empfehlungen wurden schon in der EZU nicht immer befolgt.

Aus alledem braucht kein Pessimismus gegenüber Europa zu resultieren, wohl aber eine Haltung wohlwollenden Abwartens. Was anders bliebe uns übrig? (St.)

### „Realitäten sind anders als die Wunschträume“

Basel, den 7. Dezember 1953  
Die Diskussion über die Integration Europas bildet ein Beispiel mehr von der teils leichtfertigen, teils bewußten, auf alle Fälle äußerst gefährlichen Begriffsverwirrung unserer Zeit.

Wirtschaftliche, politische und militärische Integration werden ungenügend auseinandergehalten, und nun hat noch die tatsächliche Entwicklung, insbesondere unter dem Einfluß der amerikanischen Innen-, Außen- und Militärpolitik, dazu beigetragen, diese drei Arten der Integration heillos miteinander zu verquicken.

Und das hoffnungsvolle Bild, das uns die europäischen Staatsmänner von der Frage entwerfen? Ich erwähne es, aber wer kann sich eines Lächelns erwehren, wenn sie uns ihre politischen Wunschvorstellungen als Realitäten hinstellen. Seien wir zufrieden, daß ihnen der Wunschring der Märchen oder die Lampe Aladins fehlt, manches Unglück bleibt so den Völkern erspart.

Ja, welche konkreten neueren Ergebnisse der Integration können wir feststellen? Soweit es um wirtschaftliche Integration geht, kommen wir zu einer paradox anmutenden Formulierung: je weiter die europäische Integration fortschreitet, um so mehr enteuropäisiert sie sich. Dieser Gedanke liegt im Grunde auch in dem Worte *Wiederintegration*, das einmal Bundeswirtschaftsminister Erhard in einem Vortrag — sogar mit einem Hinweis auf die Zeit vor dem ersten Weltkrieg — gebraucht hat. Es liegt hier der Begriff eines „Zurück“ zu möglichst freien Wirtschaftsbeziehungen mit freier Konvertierbarkeit der Währungen vor. So verstehen wir besser, was ich mit der Enteuropäisierungstendenz der wirtschaftlichen Integration Europas meine, und in diesem Sinne können wir freudig die Fortschritte aufzeigen, die besonders nach Abstoppen der Inflation und seit dem Wiederaufbau von Währungsreserven in den meisten europäischen

Ländern in den immer aktueller werdenden Besprechungen über die Rückkehr zur Konvertierbarkeit der Währungen ihren Ausdruck finden.

Und die Montanunion? Ja, da haben wir es wirklich mit einem rein europäischen Integrationsgebilde zu tun, zwar von sachlich, großemäßig und örtlich beschränkter Art, aber ein Pudel mit einem äußerst interessanten Kern. Während nämlich bei anderen Integrationsplänen die Fragen der Souveränitätsbeschränkungen als erschwerendes Element auftreten, hat es der Zauberkünstler Jean Monnet fertiggebracht, nicht allein die Karte der Montanunion aus seinem Zylinderhut hervorzuzaubern, sondern zugleich noch einige andere Trümpfe in der Form von Bestimmungen, die einen entscheidenden Eingriff in die nationalen Prärogativen bedeuten, wie z. B. die Erhebung einer Steuer, die unabhängige Lohnpolitik u. a. Es ist interessant, wie hier von einem rein wirtschaftlichen Integrationsobjekt aus ein Präzedenzfall geschaffen wurde, der im Hinblick auf die Aufgabe von Souveränitätsteilen einen wirklichen Fortschritt in einem für die Integration allgemein wichtigen Prinzip darstellt und der damit über die Frage des wirtschaftlichen Steckenbleibens der Montanunion im internationalen Kartellcharakter hinausgeht.

Ohne auf andere allgemeine Argumente hier einzugehen, zeigt im übrigen schon das Beispiel der Montanunion, daß mit weiteren sachlichen oder regionalen Teilunionen die Gesamtintegration nicht weitergebracht wird. Als allgemeine Voraussetzung zur Erreichung wichtiger Fortschritte in der europäischen Integration wird vielmehr die Koordinierung der Wirtschaftspolitik und der Währungsorganisation postuliert. Wir finden uns hier in einem gewissen Dilemma, denn soweit Koordinierung gemeinsame Planung bedeutet, kommen wir vielleicht theoretisch einer rein europäischen Integration näher, würden uns aber an der Mannigfaltigkeit der nationalen Belange, die dabei zu berücksichtigen sind, stoßen und auch die so wichtige Entspannung der wirtschaftlichen Mechanismen wieder gefährden, wo-

hingegen Koordinierung im Sinne allgemeiner Normalisierung und Befreiung die Integrierung weiterbringen wird, aber sie letztlich weltwirtschaftlich und nicht europawirtschaftlich orientieren wird.

Eine Auflockerung der politischen Souveränitäten ist auf alle Fälle hierzu nützlich, und wir glauben, daß sie auf die Dauer unvermeidbar sind, wenn die Länder und Völker über ihre Einzelfragen hinaus an die Lösung der internationalen Probleme herangehen wollen, aus denen letztlich die Spannungen entstehen, die zu Kriegen und Umwälzungen und schließlich zur Vernichtung führen.

Wie steht es da mit der europäischen Verteidigungsgemeinschaft? Würde ihre Verwirklichung einen Schritt zur politischen Integrierung bedeuten? Hier stehen wir vor einer Frage, an der sich die Geister scheiden. Wir können an dieser Stelle die mannigfachen damit zusammenhängenden Probleme nicht erörtern, aber da man um eine Ansicht gefragt hat, darf ich antworten, daß der EVG-Vertrag nicht nur nicht zur politischen Integration Europas beitragen wird, sondern im Gegenteil zu einer neuen Disintegration führen würde, wenn er nicht noch schlimmere allgemeine Folgen nach sich zieht.

Und damit kommen wir zur letzten Frage: was wäre nötig, um die Integrierung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, die für viele europäische Staaten eine Lebensfrage ist, neu zu beleben? Das Wesentliche der Antwort liegt bereits in den vorstehenden Ausführungen. Wenn wir wirtschaftliche Integration mit Erhard als **W i e d e r** integration betrachten, als die Wiederherstellung möglichst normaler internationaler Austauschbeziehungen — auch mit den Ländern des Ostens und des Fernen Ostens natürlich — die auf der Durchführung vernünftiger Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern basieren, dann ist die Integration Europas und mit ihr die weltwirtschaftliche Integration bereits ein gutes Stück vorwärtsgekommen und in dauernder Weiterentwicklung begriffen. Vergessen wir nicht, daß zwei große Europapartner, England und Frankreich, auf alle Fälle außereuropäisch gebunden sind!

Was schließlich die rein politische Integrierung betrifft, so haben die kürzlichen Haager Verhandlungen gezeigt, daß in Wirklichkeit die Sechs Klein-Europas keineswegs reif für eine politische Gemeinschaft sind, sondern im Grunde mehr an eine verbesserte Form internationaler Kooperation denken. Mit Ausnahme der großen allgemeinen, weiter oben behandelten Probleme, die unter Aufgabe entsprechender Souveränitätsteile großenteils in weltweitem Rahmen ihre Lösung finden müssen, und im Gegensatz zu der geradezu automatisch zu weltwirtschaftlicher Integration füh-

renden Fortschritte in der europäischen wirtschaftlichen Integration sollte in der Politik wirklich eine entscheidende Beschränkung auf Europa angestrebt werden. Nur ein großes, politisch integriertes Europa kann über die innere Kraft verfügen, die Spannungen zwischen seinen Mitgliedsstaaten auszugleichen. Gleichzeitig wird damit ein politisches Gebilde geschaffen, das stark genug ist, gegenüber den Verheißungen und Drohungen der großen Antagonisten seine politische und geistige Unabhängigkeit zu bewahren und seine menschliche und kulturelle Aufgabe zu erfüllen. (jh)

### Die wirtschaftliche Zusammenarbeit liegt in der OEEC

Straßburg, den 5. Dezember 1953

**D**as Kommuniqué der Haager Außenminister-Konferenz vom 28. 11. 1953 zeigt keine Fortschritte. Der Verfassungsentwurf für eine Europäische politische Gemeinschaft (EPG) der sechs Montanunion-Länder, wie er vor einem Jahr auf der Parlamentarier-Konferenz der beteiligten Länder (der sog. ad hoc-Versammlung) unter Vorsitz von Brentano ausgearbeitet wurde, ist begraben. Die Außenminister haben Brentano aus Höflichkeit noch einmal angehört, mehr nicht. Man einigte sich im Haag nur im organisatorischen auf einen Gerichtshof für die möglichen verschiedenen Gebiete der EPG (damit dokumentierend, daß man dem Justizialismus in der Politik immer mehr zu verfallen droht) und weiter auf eine gemeinsame Versammlung, die direkt von den Völkern gewählt werden soll, falls es möglich sein wird, ein gemeinsames Wahlgesetz in allen sechs beteiligten Parlamenten zu verabschieden. Eine solche Versammlung wäre aber wieder kein Parlament, sondern nur beratend, wie die Versammlung des Europarates in Straßburg.

Außer diesen hypothetischen formalen Punkten ist im Kommuniqué über eine Einigung nichts zu finden.

Ein am 2. 12. 1953 im Bulletin der Bundesregierung veröffentlichter Artikel behauptet jedoch: „Daß der Politischen Gemeinschaft neue Aufgaben im Bereich der Wirtschaft übertragen werden sollen, war eine verhältnismäßig leicht zu erzielende einheitliche Form“. Als

angebliche Einigungspunkte werden aufgezählt: allmählicher Ausgleich der Zahlungsbilanzen ohne Handelsbeschränkungen und Konvertibilität der Währungen, Zollabbau und Gründung einer Zollunion der sechs Länder.

Herrliche Ziele zwar, aber welche weltfremden Ideologen unterstellen den sechs Außenministern derartige Beschlüsse? Das scheinbare Durcheinander der französischen Kammer anlässlich ihrer Debatte im November über die französische Europapolitik ergab die einmütige Tendenz, Frankreich nicht durch Bindungen an Westdeutschland als weltpolitischen Faktor ausmanövrieren zu lassen. Bidault erklärte am 20. 11. 53 in der Kammer: „Die EPG. kann keine außenpolitischen Kompetenzen erhalten, Frankreich wird sich als Mitglied der Konferenzen der Großmächte nachdrücklich zur Geltung bringen, und eine Abtretung von Souveränität an die EPG. kommt nicht in Frage.“ Durch den äußeren uneinheitlichen Eindruck dieser Debatte scheint in Deutschland die weitgehende Übereinstimmung in diesem Kardinalpunkte übersehen worden zu sein.

Weder im Kommuniqué noch in der Interpretation durch das Bulletin wird jetzt von einer gemeinsamen Außenpolitik gesprochen. Dieses war aber der ursprüngliche Zweck der EPG., wie auch der Name andeutet. Es drängt sich hierauf die Frage auf: wozu denn die Europäische Armee, wenn es keine gemeinsame Außenpolitik ihrer

Mitglieder geben soll? Für wessen Außenpolitik soll die gemeinsame Armee im Ernstfalle eingesetzt werden?

Weil die gemeinsame Außenpolitik der EPG zerronnen ist, spricht man nun von einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik dieser sechs Länder. Hierum allerdings bemüht man sich seit Beginn des Marshallplans in dem größeren Raum von 18 Ländern seit 1948, wenn auch mit begrenztem Erfolg. Der Europäische Wirtschaftsrat mit seiner Zahlungsunion zeigt die Grenze des bisher Erreichten.

Wenn jetzt gefordert wird, mit Frankreich eine Zoll- und Handelsunion vorzubereiten, so darf man nicht vergessen, daß Frankreich eine entgegengesetzte Politik mit kaum ins Gewicht fallender Liberalisierung, straffer Außenhandelslenkung und hohen Zöllen führt. Die geringen Fortschritte der OEEC sind bedrückend für jeden, der die wirtschaftliche Einheit Westeuropas als die Voraussetzung des Wohlstandes und der friedlichen Zukunft erkennt. Aber die Hauptschwierigkeit des wirtschaftlichen Zusammenschlusses liegt heute darin, daß die Beteiligten von verschiedenen wirtschaftlichen Methoden ausgehen. Italien mit seiner Massenarbeitslosigkeit, der Überbevölkerung, den scharfen Gegensätzen zwischen arm und reich und der fehlenden Steuermoral, ebenso wie Frankreich mit seiner mangelnden Produktivität der Arbeit und seinen teilweise verödeten Dörfern und seinen durch den indochinesischen Krieg zerrütteten Staatsfinanzen bedürfen einer Sanierung der Wirtschaft und der Finanzen; die Genügsamkeit des italienischen Volkes und der große natürliche und koloniale Reichtum Frankreichs lassen eine Gesundung durchaus erwarten. Nur so scheint auch eine innere, politische und soziale Konsolidierung dieser Länder möglich.

Die Aufgabe der Sanierung Frankreichs und Italiens, die man heute aus außenpolitischem Taktgefühl heraus kaum auszusprechen wagt, muß als eine internationale Aufgabe angepackt werden. Erst damit ergibt sich die Möglichkeit einer erfolgreichen Synchronisierung der

Interessen der Teilnehmer, die die Voraussetzung der Zusammenarbeit in einer wirtschaftlichen Union ohne Ressentiments gegenüber dem Partner ist. Daß für diese Aufgabe die Gemeinschaft der sechs Montanländer viel zu schwach ist, liegt auf der Hand, schon weil die beiden Patienten mehr als die Hälfte dieser Gemeinschaft ausmachen und Deutschland als drittes großes Land in dieser Aufgabe weder politisch noch wirtschaftlich führend sein kann. Das verbietet sich durch die deutsche Rolle in diesen Ländern während des letzten Krieges.

Die Montanunion als Kronzeuge für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der sechs Länder anzusehen, geht an der Tatsache vorbei, daß diese Union nicht wirtschaftsfördernd ist, sondern bei den leicht-

testen Krisenzeichen der letzten Monate auf ein internationales Kartell hinsteuert, um die Preise zu halten. Falls ihr das nicht gelingt, wird die Union ihre Herrschaft an die inzwischen entstandenen privaten Kartelle abgeben müssen. Inzwischen wird die Bundesrepublik zum Freimarkt der westlichen Stahlpartner, die mit steigendem Druck in den deutschen Markt eindringen.

So bleibt nichts übrig, als die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas weiterhin in der OEEC zu suchen, die allen unterschiedlichen Interessen gerecht zu werden sucht und entsprechend langsam voranschreitet. Dem Europarat bleibt die Aufgabe, in freimütiger Aussprache das Mögliche vom Unmöglichen in der europäischen Politik zu trennen. (kb)

## Was können wir von Berlin erwarten?

Ob mit Verschiebung oder nicht — es darf angenommen werden, daß die Viererkonferenz über die Deutschlandfrage nun doch Anfang des neuen Jahres zustande kommen wird. Dieses Gespräch der Außenminister wird in seinen Ergebnissen sehr begrenzt bleiben. Und nach den Erfahrungen von Bermudas wird kaum zu erwarten sein, daß es eine Fortsetzung „auf höchster Ebene“ findet. Die weitere Abwicklung wird die gewohnten diplomatischen Wege mit dem gewohnten Zeitaufwand gehen. Für uns liegt die große Bedeutung darin, daß die Frage der Wiedervereinigung nunmehr überhaupt vor dem zuständigen Gremium der vier Großmächte erörtert wird und daß damit die Gefahr der „Verjährung“, von der wir in dieser für uns lebenswichtigen Frage bedroht waren, zunächst gebannt sein dürfte.

Sollte Eisenhowers UNO.-Rede der Versuch sein, die Gewichte der weltpolitischen Probleme anders zu verteilen? Bei der Überbewertung, die die Weltpresse dieser Rede zuteil werden ließ, müßte man diesen Versuch als gelungen bezeichnen. Man muß sich fragen, ob nicht die Aufmerksamkeit von den dringend zu lösenden Gegenwartsfragen durch diese Rede auf ein nebelhaftes Zukunftsprojekt abgelenkt worden ist. Oder sollte man wirklich glauben, daß diese Rede die weltpolitische Atmosphäre verbessert und den Berliner Besprechungen einen „neuen Hintergrund“ gegeben habe?

Die Europapläne Eisenhowers sind im Laufe der Zeit stark erschüttert worden. Die Drohungen des Außenministers Dulles scheinen nicht das richtige diplomatische Mittel zu sein, um die auseinanderstrebenden Kräfte zu binden. Denn die Integration Europas ist — auch wenn es die Staatsmänner nicht wahrhaben wollen — so ziemlich zum Stillstand gekommen, und es bedarf eines kräftigen Anreizes, sie zu beleben. Eine Integration ohne die Bereinigung der Deutschlandfrage wird aber nie zum Ende geführt werden können. Nur eine sehr realpolitische Beurteilung wird die Berliner Gespräche zum Erfolg führen, und es dürfte bezweifelt werden, ob die Eisenhowersche Konzeption der realpolitischen Erkenntnis dienlich ist.

Wir versprechen uns von Berlin keine Überraschungen. Wir sind aber froh, daß die Deutschlandfrage endlich eine internationale Beachtung erfährt. Und vielleicht dienen die sich in Berlin abzeichnenden Perspektiven dazu, unsere divergierenden politischen Auffassungen zusammenzuführen und damit unser schwaches politisches Potential zu stärken. So dürfen wir zum Jahresende die schwache Hoffnung hegen, daß die politische Zerreißen unseres Heimatlandes vielleicht doch in absehbarer Zeit beendet wird. (sk)